

Kuba unter Belagerung: Chronik einer Insel, die sich weigert, aufzugeben

Eine Reise in die Blockade und zu den Menschen, die sie tagtäglich durchleben.

von Miguel González Cabezas (mit freundlicher Genehmigung des Autors, danke!)
18. März 2026

Die Ankunft in Kuba bedeutet, sechs Jahrzehnte Blockade zu durchqueren.

Am 29. Januar beschloss Trump, die Blockade gegen Kuba zu verschärfen, indem er Sanktionen und Zölle gegen jeden verhängte, der Öl auf die Insel transportiert, und verschärfte damit die Energiekrise. Vor diesem Hintergrund reiste ich als Teil der Ersten Rosa-Luxemburg-Brigade aus Solidarität mit Kuba nach Kuba. Solidaritätsbrigaden sind internationale Gruppen von Menschen, die seit 1960 auf die Insel reisen, um Freiwilligenarbeit zu leisten und die kubanische Realität aus erster Hand kennenzulernen; in unserem Fall brachten wir zudem Medikamente und medizinische Hilfsgüter mit.

Aufgrund der Annullierung unseres Fluges, verursacht durch Treibstoffmangel und einen Streik am Flughafen, dauerte unsere Anreise drei Tage. Schließlich konnten wir über Mexiko fliegen, wo wir aufgrund der medizinischen Hilfsgüter Unterstützung von der Regierung erhielten, um die Grenze zu passieren. Schon vor dem Abflug (auf einer Reise, die nach der Aggression der Vereinigten Staaten gegen Venezuela im Januar und den neuen Maßnahmen gegen die Insel mehrmals kurz vor der Absage stand) war uns klar, dass eine Reise nach Kuba und der Aufenthalt dort immer bedeutet, einen Weg voller Hindernisse zu beschreiten, der nur durch den Willen und die Entschlossenheit derer gestützt wird, die sich dafür einsetzen, dies möglich zu machen.

„Die Blockade ist überall“

Manuel, ein Guajiro, den wir an unserem ersten Tag in Kuba trafen, sprach über Geopolitik, als würde er über das Wetter reden. Er begann, Russland, China, die Vereinigten Staaten, Lateinamerika und die Veränderungen im politischen

Gleichgewicht der Region mit einer Selbstverständlichkeit anzusprechen, die uns überraschte. Wir waren in Kuba angekommen in der Erwartung, einen gescheiterten Staat und Isolation vorzufinden: eine Insel, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch informationsmäßig umzingelt ist. Doch das Gespräch nahm schnell eine andere Richtung.

Die Blockade tauchte bald in seinen Worten auf, nicht als propagandistisches Konzept, sondern als etwas, das den Alltag durchzieht: Kraftstoff, der nicht ankommt, Ersatzteile, die nicht zu beschaffen sind, Medikamente, die fast nicht vorhanden sind, und die sinkende Zahl der Touristen.

Er sprach ohne Dramatik, fast mit einer sachlichen Gelassenheit. Als würde er nur eine weitere Schwierigkeit der Arbeit auf dem Land beschreiben. Für ihn war die Blockade ein ständiger Zustand, einer, der die Menschen zwingt, jeden Tag neue Lösungen zu finden. In diesem Gespräch begannen wir zu verstehen, dass viele der Widersprüche des Landes nicht ohne diesen Kontext eines seit mehr als sechs Jahrzehnten andauernden Wirtschaftskriegs erklärt werden können, in dem bereits mehrere Generationen aufgewachsen sind. Manuel sprach von Schwierigkeiten, ja, aber auch von Widerstand. Von der Fähigkeit eines kleinen Landes, unter ständiger Wirtschaftskriegsführung weiter zu funktionieren.

Im Laufe der Tage begannen wir zu verstehen, dass dieser Widerstand nicht nur ein politischer Slogan ist, sondern tägliche Praxis: sich anpassen, neu organisieren und neue Wege finden, um das Leben aufrechtzuerhalten, wenn die Umstände ständig in die entgegengesetzte Richtung drängen.

Ein Wirtschaftskrieg

Die von den Vereinigten Staaten gegen Kuba verhängte Wirtschaftsblockade nahm Anfang der 1960er Jahre Gestalt an. Bereits 1960 schlug ein Memorandum des US-Beamten Lester Mallory vor, wirtschaftlichen Druck auf die Insel auszuüben, um die neue Revolutionsregierung zu schwächen: „Das einzige vorhersehbare Mittel, die interne Unterstützung zu verlieren, ist Enttäuschung und Unzufriedenheit, die aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit und Not entstehen.“ Mallory schlug vor, „Kuba Geld und Lieferungen vorzuenthalten, um die Geld- und Reallöhne zu senken, Hunger und Verzweiflung zu verursachen und die Regierung zu stürzen.“

„Dieser Vorschlag einer kollektiven Bestrafung und eines Wirtschaftskriegs wurde zu einer Zeit gemacht, als der Sozialismus noch nicht einmal ausgerufen worden war“, erzählte uns Fernando González Llort, Präsident des ICAP (des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft), einer der Institutionen, die die Brigade organisierten.

Zwei Jahre später, im Jahr 1962, verhängte Präsident John F. Kennedy das totale Embargo und verbot fast jeglichen Handel zwischen den beiden Ländern. Seitdem

verlor Kuba seinen wichtigsten Markt und musste seine Wirtschaft neu organisieren, wobei es zunächst neue Partner in der Sowjetunion und später in anderen Ländern suchte.

Im Laufe der Jahre wurde die Blockade durch neue Gesetze ausgeweitet. In den 1990er Jahren, nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, trat Kuba in die „Sonderperiode“ ein, in eine tiefe Wirtschaftskrise. Menschen, die diese Zeit miterlebt haben, erzählten uns, dass die Vorräte über Nacht verschwanden. Vor diesem Hintergrund verabschiedete der US-Kongress 1992 den Torricelli Act, der Tochtergesellschaften von US-Unternehmen den Handel mit Kuba untersagte und Schiffe, die in kubanischen Häfen angelegt hatten, daran hinderte, in die Vereinigten Staaten einzulaufen.

Im Jahr 1996 machte der Helms-Burton Act die Blockade dauerhaft, indem er ausländische Unternehmen sanktionierte, die Handelsbeziehungen mit Kuba unterhielten oder nach der Revolution verstaatlichte Immobilien nutzten, und dehnte damit seine Reichweite über die Grenzen der USA hinaus aus. In jüngerer Zeit hat die Aufnahme Kubas in die US-Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen, während der ersten Amtszeit von Donald Trump den Zugang zu externen Finanzmitteln in einer zunehmend finanzialisierten Welt eingeschränkt, da dies für Finanzinstitute mit Risiken verbunden ist.

Zudem erklärte uns die kubanische Ökonomin Gladys Hernández, dass chinesische Investitionen aufgrund der (wirtschaftlichen) Beziehungen zu den Vereinigten Staaten historisch gesehen sehr begrenzt waren.

Sie erklärte außerdem, dass die kubanische Wirtschaft seit der COVID-19-Pandemie einen Dezentralisierungsprozess durchläuft, der mit der Gründung privater KKMU (Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen) einhergeht, die in Verbindung mit dem staatlichen Sektor darauf abzielen, Versorgungsprobleme zu beheben. Ebenso verlagert die Wirtschaft ihre wichtigsten Produktionssektoren – vom Tourismus und der Biotechnologie hin zu Landwirtschaft, Energie und Bergbau – zu einer Zeit, in der die Verschärfung der Blockade die Notwendigkeit von Energiesouveränität deutlich macht. All dies wird aus einer Perspektive angegangen, in deren Mittelpunkt die Erhaltung des Lebens steht. Obwohl die Widersprüche nach wie vor tiefgreifend sind, schreitet die Entwicklung im Bereich der Rechte voran, ebenso wie die Bemühungen, die Errungenschaften des revolutionären Prozesses zu festigen.

Aufwachsen unter größeren Schwierigkeiten

„Es ist schwer zu erklären“, sagte uns eine Gruppe von Studierenden, die wir an der Universität von Havanna trafen. Trotz allem steht Kuba weiterhin vor der Herausforderung, sich selbst wieder aufzubauen. Soziale Errungenschaften voranzubringen und zu erhalten ist nicht einfach, insbesondere weil „jedes Mal,

wenn es eine Verbesserung oder einen Fortschritt gibt, auch eine neue Form der Blockade auftaucht“. Derzeit ist die Universität wegen Treibstoffmangels geschlossen. Trotzdem erzählten uns die Studierenden stolz, dass es gelungen sei, drei Züge zu organisieren, um alle Studierenden an ihre Herkunftsorte zurückzubringen, damit sie den Unterricht online fortsetzen können. Zudem hat sich jede Gemeinde organisiert, um sicherzustellen, dass Studierende, die darauf angewiesen sind, Zugang zum Internet haben, um ihre Studiengänge fortzusetzen.

Gleichzeitig vollzieht sich ein Generationswechsel, in dem junge Menschen beim Zugang zu neuen Rechten mit größeren materiellen Schwierigkeiten konfrontiert sind als die Generation, die die Revolution miterlebt hat.

Dennoch herrscht inmitten der Probleme und Widersprüche, mit denen die kubanische Gesellschaft heute konfrontiert ist, ein starker Geist der Solidarität und der Verteidigung der Souveränität – selbst unter denjenigen, mit denen wir gesprochen haben und die der Regierung gegenüber kritischer eingestellt waren. Seit der Revolution gilt es als oberste Priorität, niemanden zurückzulassen, und dieses Prinzip gilt nicht nur intern, sondern auch international. Die internationalistische Solidarität war und ist nach wie vor eine Priorität.

Palästinensische Studierende, die wir während unseres Besuchs trafen, erzählten uns, dass derzeit rund 250 junge Palästinenser:innen dank Stipendien der kubanischen Regierung in Kuba Medizin studieren. Für sie bedeutet diese Chance weit mehr als nur eine Hochschulausbildung: Sie sehen darin eine Geste internationaler Solidarität. In unseren Gesprächen erklärten sie, dass Kuba seit jeher verschiedene Völker unterstützt, die für Würde und Selbstbestimmung kämpfen, und dass diese Unterstützung ihnen Kraft gibt, ihren Kampf fortzusetzen. Aus ihrer Sicht bedeutet die Ausbildung zum Arzt auf der Insel auch eine größere Verantwortung: eines Tages in ihre Gemeinschaften zurückzukehren, mit den Mitteln, um Leben zu retten und weiterhin gegen Kolonialismus und Imperialismus anzukämpfen.

„Ein Patient ist kein Kunde“

Zweifellos war eine der bewegendsten Begegnungen die mit dem Biotechnologen Manuel Raíces, der uns daran erinnerte, dass vor der Revolution fast 91 % der Bevölkerung Analphabeten waren und dass sich diese Situation 1961 dank einer nationalen Kampagne, die Tausende Kubaner – darunter auch Jugendliche im Alter von nur 16 Jahren – mobilisierte, um landesweit ehrenamtlich Lesen und Schreiben zu lehren, grundlegend änderte. Diese Erfahrung, so sagte er, sei vor allem Ausdruck politischen Willens und kollektiven Engagements gewesen.

Dieselbe Logik spiegelt sich heute im Gesundheitssystem wider: Dort, wiederholte er, „ist ein Patient kein Kunde, sondern ein Mensch mit einem Problem, das es zu

lösen gilt“. Auf dieser Grundlage wurden ein Gesundheitssystem und ein Biotechnologiesektor entwickelt, die in der Lage sind, Medikamente und Impfstoffe in 49 Länder zu exportieren, während Behandlungen wie die Hepatitis-B-Impfung auf der Insel kostenlos angeboten werden.

Wir konnten dies bei der Medikamentenausgabe im Salvador-Allende-Krankenhaus beobachten, wo wir aus erster Hand die Fortschritte auf dem Weg zu einem vollständig universellen und kostenlosen Gesundheitssystem miterlebten, das jedoch aufgrund der durch die Blockade verursachten Schwierigkeiten nicht alle Bedürfnisse decken kann.

Diese Verpflichtung erstreckt sich auch über die Insel hinaus durch kubanische medizinische Missionen in Dutzenden von Ländern, die dazu beitragen, grundlegende medizinische Basisversorgung an Orten zu gewährleisten, an denen es nach der Logik des Marktes nicht rentabel wäre, Ärzte zu beschäftigen. Allerdings werden derzeit mehrere dieser Missionen in Ländern wie Ecuador, Guatemala, Honduras und Jamaika zurückgezogen, was größtenteils auf den von den Vereinigten Staaten ausgeübten Druck zurückzuführen ist.

Ein Kampf, der über die Insel hinausgeht

Angesichts der globalen militärischen Eskalation und der ungezügelter Macht, die heute von Donald Trump verkörpert wird, stellt sich immer wieder die Frage: Wer kann Grenzen setzen?

Nach unserem Besuch in Kuba erscheint die Antwort weniger abstrakt. Seit mehr als sechs Jahrzehnten ist die kubanische Revolution eine der beständigsten Herausforderungen für die Monroe-Doktrin geblieben. Doch ihre Bedeutung reicht über die Insel hinaus: Sie steht für Souveränität, für Zusammenarbeit zwischen den Völkern und für eine andere Art, die Beziehungen zwischen Ländern zu verstehen – basierend auf Solidarität statt auf Herrschaft.

Aus diesem Grund findet Kubas Kampf auch in allen Formen des Widerstands auf der ganzen Welt Widerhall: im Kampf der palästinensischen Bevölkerung, bei denen, die öffentliche Dienstleistungen verteidigen, im Kampf für den Frieden und in jeder Gemeinschaft, die dafür kämpft, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.

Es sind unterschiedliche Kämpfe, doch sie sind durch dieselbe Intuition vereint: dass nur die Solidarität unter den Menschen und die Verteidigung der Souveränität den Weg zu einer anderen Art der Lebensgestaltung ebnen können, jenseits von Kapitalismus und Imperialismus.

Es geht darum, „für eine Welt zu kämpfen, in der wir sozial gleich, menschlich verschieden und vollkommen frei sind“ (Rosa Luxemburg).

* Der Bericht erschien auf der Seite von Miguel Gonzalez Cabezas auf Englisch. Wir haben ihn automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.

<https://miguelgonzalezcabesas.substack.com/p/cuba-under-siege-chronicle-of-an>